



Heinz-Peter Haustein

Mitglied des Deutschen Bundestages
Haushaltsausschuss
Finanzausschuss (stellv.)

In dieser Ausgabe

- Sicherheitsbörden richtig ausstatten—Jetzt!
- Neuordnung des Arzneimittelmarktes
- Der Irische Patient
- Den Gemeinden wieder auf die Beine helfen
- Neues vom Mittelstand
- Antrittsreise mit dem Bundespräsident

Deutscher Bundestag

Postanschrift:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227-73940
Fax: 030 227-76134
E-Mail:
heinz-peter.haustein@bundestag.de
Internet:
www.heinz-peter-haustein.de

Wahlkreisbüros:

Wolkensteiner Straße 32
09456 Annaberg-Buchholz
Tel.: 03733 506521
Fax: 03733 506524
E-Mail:
heinz-peter.haustein@wk.bundestag.de

Grünthaler Straße 63
09526 Olbernhau
Tel.: 037360 79326
Fax: 037360 79389

Bürgerbüro:

An der Markthalle 4
09111 Chemnitz
Tel.: 0371 664900
Fax: 0371 6664902

IMPRESSUM

Herausgeber
Heinz-Peter Haustein
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Haustein Post

Ausgabe November 2010

Glück Auf, liebe Freunde der freiheitliche Idee!

Kurz vor dem ersten Advent gibt es heute noch einmal einen kleinen Einblick in meine Arbeit und das politische Berlin.

Wir leben in bewegten Zeiten. Die eine Krise ist noch nicht ganz überstanden, da steht schon die nächste vor der Tür: Nach Griechenland nun also Irland. Und Portugal steht quasi auch schon in der Schlange der auf finanzielle Hilfe Wartenden. Es bleibt also turbulent.

Zusätzlich ist die Lage aufgrund aktueller Terrorwarnungen angespannt, wengleich wir uns davon nicht in unserem Leben beeinträchtigen lassen dürfen. Vergessen wir nicht: Hundertprozentige Sicherheit kann es in einer freiheitlichen Gesellschaft nicht geben.



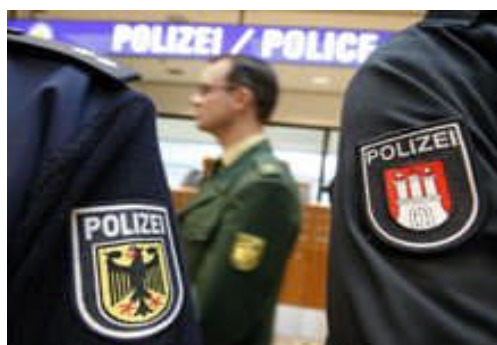
Auch die Gewerbesteuer und die Gesundheitsreform halten uns in Atem. Kurze Abrisse zu all den Themen gibt es in dieser Haustein Post.

Ich wünsche eine schöne Vorweihnachtszeit und viel Spaß beim Lesen!

Ihr/Euer

Sicherheitsbehörden richtig ausstatten – Jetzt!

Abstrakt gab es die Bedrohung schon lange. Jetzt ist sie für Jedermann spürbar geworden an Bahnhöfen, auf Weihnachtsmärkten und an anderen öffentlichen Orten. Der Reichstag ist gar komplett für Besucher geschlossen worden. Nur angemeldete Gruppen dürfen nach langen Kontrollen in das Gebäude.



Die Polizei reagierte mit den Sicherheitsmaßnahmen auf die jüngsten Terrorwarnungen und die akute Gefahrenlage. Die Vorratsdatenspeicherung wird seit Tagen wieder heftig diskutiert.

Dieser Debatte stelle ich meine Forderung nach einer besseren materiellen und personellen Ausstattung der Sicherheitsbehörden entgegen. Nur optimal ausgestattete Nachrichtendienste können größtmögliche Aufklärung im Vorfeld leisten. Und Früherkennung sichert wie in der Gesundheitsvorsorge so auch hier Leben.

Nur eine gut ausgerüstete Polizei kann dauerhaft den spürbaren Zugewinn an Sicherheit leisten, den wir dieser Tage genießen.

Völlig falsch ist insofern der Abbau von über 10.000 Stellen bei der Polizei in den letzten Jahren. Völlig inakzeptabel ist auch, dass unsere Sicherheitsbehörden im digitalen Zeitalter noch immer mit analoger Funktechnik aus den 70-er und 80-er

Jahren arbeiten, während auf der anderen Seite längst Satellitentelefone benutzt werden.

Ich fordere ein Umdenken in der sicherheitspolitischen Debatte. Nicht zuerst immer neue Eingriffe in Bürgerrechte schaffen Sicherheit. Zu allererst muss der Vollzug bestehender Gesetze sichergestellt werden. Und das schnell. Wenn der erste Anschlagversuch erfolgreich war, kommt diese Erkenntnis zu spät.

Neuordnung des Arzneimittelmarktes

Mit dem Datum des 11. November verbindet man weitläufig den Beginn der fünften Jahreszeit, Karneval. In diesem Jahr läutete der 11.11. aber auch eine neue Zeit für das Gesundheitssystem ein.



Der Bundestag hat nun den Gesetzesentwurf unseres Gesundheitsministers,

Dr. Philipp Rösler (FDP), beschlossen und damit den Arzneimittelmarkt neu geordnet. Das bisherige Preismonopol der Pharmaunternehmen ist gebrochen.

Dass die besagten Unternehmen in Deutschland bislang den Preis eines neuen Medikaments nach eigenem Ermessen festsetzen konnten, stürzte die gesetzlichen Krankenkassen jährlich in milliardenhohe Verluste. Den hohen Herstellerkosten stand nicht immer ein entsprechender Zusatznutzen gegenüber.

In Zukunft hat der Hersteller eines neuen Arzneimittels bereits zur Markteinführung den Nutzen

nachzuweisen. Jetzt müssen das Unternehmen und der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung einen angemessenen Preis für das Präparat aushandeln.

Die neue Regelung ermöglicht einen fairen Wettbewerb und sorgt für die Schaffung von mehr Transparenz für die Versicherten. So werden Scheininnovationen, bei denen sich nur die Farbe geändert hat, verhindert und damit die bestmöglichen Behandlungen für uns Patienten ermöglicht.



Mit dem Reformgesetz machen wir den Weg frei für eine stärkere Orientierung am Wohl der Patienten.

Der Irische Patient

Die Irland-Hilfe gefährdet Deutschlands Aufschwung nicht

Nach den Griechen sind es nun die Iren, die Geld brauchen. Aufgrund wegbrechender Steuereinnahmen und der Rettung einheimischer Banken liegt das irische Haushaltsdefizit in diesem Jahr bei unglaublichen 32 Prozent und damit mehr als zehn Mal so hoch wie es nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt in der EU erlaubt ist. Die schwere finanzielle Krise ist



inzwischen sogar zu einer politischen Krise Irlands geworden, deren Ende wir derzeit kaum absehen können.

Irland bittet als erstes EU-Land um Hilfen aus dem Euro-Rettungsfonds, um seinen Haushalt zu konsolidieren. Und es wird gewiss nicht das letzte sein. Denn mit Portugal und Spanien stehen die nächsten Anwärter auf Unterstützung Europas schon vor der Tür. So weit die schlechten Nachrichten.



Berdem muss Irland als Voraussetzung für die Unterstützung harte Einschnitte einleiten. Dazu gehören Kürzungen der öffentlichen Haushalte, Steuererhöhungen und weitere Maßnahmen wie die Einführung von Gebühren für Trinkwasser und die Absenkung des staatlichen Mindestlohnes. Nur unter diesen Bedingungen kann das Land Hilfe in Anspruch nehmen.

Und wichtig ist auch zu wissen, dass die Maßnahmen unseren Aufschwung nicht gefährden. Deutschland befindet sich auf einem guten Wachstumskurs und wird absehbar Wirtschaftsmotiv Europas bleiben – auch wenn demnächst Portugal geholfen werden muss, wovon auszugehen ist.

Wichtig ist, sich zu vergegenwärtigen, dass es sich bei den Hilfen nicht um Geschenke handelt, sondern um Bürgschaften bzw. Darlehen, die verzinst werden. Au-

Den Gemeinden wieder auf die Beine helfen

Trotz des erfreulichen Wirtschaftsaufschwungs bleibt die Lage in den Kommunen vielerorts schwierig. Ihre Finanzsituation ist angespannt und fragil. Die Folgen spüren wir überall deutlich: Kindergärten und Spielplätze sind baufällig, Museen und Sportstätten werden geschlossen, Gelder für die Jugendarbeit gestrichen und Eintrittspreise erhöht.

Die dramatische finanzielle Lage begründet sich besonders durch die konjunkturanfälligen und damit unsicheren Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen sowie durch die gewachsenen Aufgaben der Kommunen in den letzten Legislaturperioden - insbesondere unter Rot-Grün -, für die es keinen finanziellen Ausgleich gab. Die Ausgaben der Kommunen stiegen infolge dieser neuen Verpflichtungen wie z.B. des Rechts auf einen Kindergartenplatz. Bei der Finanzierung ließen Bund und Länder die Gemeinden weitgehend allein.

Daher gilt es nun vor allem, die Einnahmen der Städte und Gemeinden verlässlicher zu gestalten



und ihnen Planungssicherheit zu verschaffen. Die FDP wollte die Gewerbesteuer wegen ihrer Konjunkturanfälligkeit ganz abschaffen. Gelungen ist uns jetzt mit der Union immerhin der Kompromiss, die Gewerbesteuer in einem Volumen von 1,2 Mrd. € abzusenken und den Kommunen stattdessen einen höheren Anteil der Mehrwertsteuer zukommen zu lassen. Bund und Länder sollen wiederum für den Verlust bei der Mehrwertsteuer durch eine Steigerung der Körperschaftssteuer um einen Prozentpunkt entschädigt werden.

Auch wenn das nicht völlig unserer Vorstellung von der Abschaffung der Gewerbesteuer entspricht, ist es doch ein Erfolg der Bundesregierung und ein Schritt in die richtige Richtung, mit diesem Vorhaben einen Beitrag zu mehr Planungssicherheit der Kommunen geleistet zu haben. Und selbstverständlich entstehen durch die Neuordnung der kommunalen Finanzen keine Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger.



Gemeindeamt Deutschneudorf

Neues vom Mittelstand



Rainer Brüderle zu Besuch in der Manufaktur Meissen

Für die Freie Mittelstandsvereinigung Saxonia e.V. war der November in diesem Jahr der Monat des Mittelstandes.

Zunächst war am 8. November Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle zu Gast in Sachsen. Dann folgte am 12. und 13. November in Berlin die erste Bundesdelegiertenkonferenz des liberalen Mittelstandes unter Beteiligung der Saxonia.

Mit Rainer Brüderle besuchte ich die Manufaktur Meissen anlässlich des 300. Geburtstags dieses sächsischen Traditionsbetriebes und stattete der Sächsischen Zeitung einen Redaktionsbesuch ab. Abends referierte Rainer Brüderle noch vor gut 100 Gästen zu seiner Vorstellung von erfolgreicher Wirtschaftspolitik, die immer eine gute Mit-

telstandspolitik einschließt. Dabei ging es um Steuerpolitik und das Energiekonzept ebenso wie um den Fachkräftemangel und europapolitische Konsequenzen aus der Eurokrise.

Nach dem Saxonia-Beschluss über den Beitritt zur Bundesvereinigung des Liberalen Mittelstandes war die Saxonia nun erstmals bei deren Bundesdelegiertenkonferenz vertreten. Wir wurden vom Bundesvorsitzenden Dr. Heinrich Kolb als neuer – sächsischer – Landesverband ganz herzlich in der Bundesvereinigung begrüßt. So werden wir künftig von der engen Zusammenarbeit der Landesverbände untereinander und der koordinierten Kampagnenarbeit der Bundesvereinigung für die Arbeit vor Ort profitieren können.



v.l.n.r. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle, Heinz-Peter Hausteин, Dresdens FDP-Chef Johannes Lohmeyer

Antrittsreise mit dem Bundespräsident

Am 22. November absolvierte Bundespräsident Wulff seinen Antrittsbesuch in der Tschechischen Republik. Da ich der Vorsitzende der Deutsch-Tschechischen Parlamentariergruppe im Bundestag



Foto: Guido Bergmann

bin, hatte der Präsident mich eingeladen, ihn zu begleiten. Neben Gesprächen mit der Tschechischen Staats- und Regierungsspitze, Herrn Präsident Klaus und Herrn Ministerpräsident Necas war Zeit für eine kurze Visite der Prager Botschaft, ein besonderes Erlebnis für mich. So durfte ich kurz auf jenem historischen Balkon stehen, von dem aus Hans-Dietrich Genscher 1989 den Tausenden DDR-Flüchtlingen auf dem Botschaftsgelände die berühmten Worte zurief, die dann im Jubel untergingen: „Liebe deutsche Landsleute, wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise möglich geworden ist.“ 21 Jahre später spüre ich noch immer große Freude über und tiefe Dankbarkeit für das uns DDR-Bürgern damals gemachte Geschenk, das das Kostbarste ist, das man einem Menschen schenken kann: Die Freiheit!